

Kommunal-Kombi-Stellen gegen Arbeitslosigkeit

Potsdam - Die Arbeitslosigkeit ist in Brandenburg geringer gestiegen "als zu befürchten war", so SPD-Fraktionschef Günter Baaske zu den heute vorgestellten Arbeitsmarktdaten für Dezember. In Brandenburg waren demnach 162.217 Arbeitslose gemeldet, 5.446 mehr als im November, jedoch etwa 20.000 weniger als im Dezember 2007. Die Quote liegt bei zwölf Prozent (Dezember 2007: 13,5 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr gab es mehr gemeldete neue (297) und unbesetzte (911) Stellen. Baaske: "Der Arbeitsmarkt ist bisher noch relativ stabil. Durch die Arbeitsmarktreformen ist er krisenfester geworden. Ein Einbruch durch die Wirtschaftskrise muss jedoch unbedingt verhindert werden. Mit dem Konjunkturprogramm von Bund und Ländern, aber auch mit der verbesserten Kurzarbeiterregelung können wir das schaffen." Dazu seien jedoch noch weitere Maßnahmen notwendig, beispielsweise die noch konsequentere Umsetzung des Kommunal-Kombis. Er sei ein "hervorragendes Instrument gegen Arbeitslosigkeit."

Seit Anfang 2009 können daran auch Kreise teilnehmen, deren durchschnittliche Arbeitslosenquote von August 2006 bis April 2007 über zwölf Prozent lag; bisher galt die 15 Prozent-Grenze. Damit gilt er jetzt für 16 statt bisher zwölf Kreise. Hinzugekommen sind Oberhavel, Havelland, Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald. Potsdam und der Kreis Potsdam-Mittelmark haben eine geringere Erwerbslosigkeit, so dass der Kommunal-Kombi dort auch künftig nicht angeboten wird.

Die SPD-Fraktion will in Kürze einen Antrag in den Landtag einbringen, damit weitere Punkte umgesetzt werden. Günter Baaske: "Dazu gehört, dass die widersinnige mindestens einjährige Zwangspause beispielsweise zwischen einer ABM-Stelle und einer bis zu dreijährigen festen sozialversicherungspflichtigen Kommunal-Kombi-Stelle ersatzlos gestrichen wird."

Brandenburg ist mit derzeit 2.361 beantragten Stellen bundesweit führend beim Kommunal-Kombi. Das Programm läuft seit Anfang 2008. Bis Ende 2009 können damit in Brandenburg bis zu 7.539 Stellen zur Unterstützung kommunaler Aufgaben geschaffen werden, z.B. in Schulen und Bibliotheken oder bei der Grünpflege. Vom Land werden dafür 150 Euro pro Stelle, insgesamt bis zu 40 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

(07.01.09, Pressemitteilung)